

Bundestagswahl – Wahlprüfsteine

1. Frage

Mit welchen Instrumenten will Ihre Partei die vielen forstwirtschaftlichen Betriebe im ländlichen Raum stärken?



Im Cluster Forst und Holz wollen wir die Vernetzung und die Kooperation entlang der Wertschöpfungskette mit anderen Wirtschaftsbereichen und mit der Wissenschaft ausbauen sowie die innovative nachhaltige Holzverwendung unterstützen. Dafür hat die unionsgeführte Bundesregierung die Charta für Holz neu aufgelegt. Wir werden sie konsequent mit der Branche für eine zukunftsfähige Entwicklung am Standort Deutschland umsetzen. Wir wollen die Potentiale des Waldes ausschöpfen und ihn in allen seinen Funktionen stärken. Richtschnur dafür ist die Waldstrategie 2020 mit ihren Handlungsfeldern Wertschöpfung, Klimaschutz und -anpassung, Rohstoffsicherung und Naturschutz, Waldbau, Jagd, Erholung und Tourismus sowie Forschung und Bildung. Wir werden die Waldstrategie fortschreiben und dabei die Handlungsfelder mit festen Zielen versehen. „Schützen und Nützen“ ist dabei gleichermaßen das Ziel.

Mit dem 2013 gestarteten Waldklimafonds werden Maßnahmen gefördert, die der Anpassung an den Klimawandel dienen und die Ökoleistung des Waldes erhalten. Insbesondere kleine Waldbesitzer sollen hier besonders gefördert werden. Die Fördertatbestände der Bund-Länder Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ (GAK) wollen wir besser auf forstwirtschaftliche Zusammenschlüsse und den Waldumbau hin zu klimaplastischen Wäldern ausrichten. Zur Sicherung der wichtigsten Rohstoffbasis für die deutsche Holzwirtschaft und für den Erhalt der Klimaschutzleistungen des Waldes messen wir der Verjüngung der Nadelbaumarten eine hohe Bedeutung zu.

Mit welchen Instrumenten will Ihre Partei die vielen forstwirtschaftlichen Betriebe im ländlichen Raum stärken?



Die SPD verfolgt seit langem das Ziel, die ländlichen Räume zu stärken. Der Rahmenplan der Gemeinschaftsaufgabe Agrarstruktur und Küstenschutz (GAK) enthält im Förderbereich 5 zahlreiche Maßnahmen, mit denen naturnahe Waldbewirtschaftung, die forstwirtschaftliche Infrastruktur, forstwirtschaftliche Zusammenschlüsse und die Erstaufforstung gefördert werden können. Diese Maßnahmen haben sich bewährt und sollen beibehalten werden.

Mit welchen Instrumenten will Ihre Partei die vielen forstwirtschaftlichen Betriebe im ländlichen Raum stärken?



In vielen ländlichen Regionen sichert die Forstwirtschaft in Zusammenhang mit der nachgelagerten Holzwirtschaft viele Arbeitsplätze und genießt auch deshalb ein hohes Maß an gesellschaftlicher Anerkennung. Die größten Bedrohungen der land- und forstwirtschaftlichen Betriebe sieht DIE LINKE in den massiv gestiegenen – und teilweise weiter steigenden – Bodenpreisen. Die Folge ist zunehmende direkte oder indirekte Verdrängung durch private Investoren, die weder aus der Land- noch aus der Forstwirtschaft kommen. Gute Ausbildungsmöglichkeiten sind ebenso wichtig zur Bewältigung der vielen Herausforderungen im Wald. Attraktive ländliche Räume mit guter Mobilitätsanbindung, gesundheitlicher Versorgung, Bildung, Kultur und Zugang zu schnellem Internet sind elementar für die Fachkräftesicherung, bedeutsam ist auch die Stärkung der Angebote zur Umweltbildung im Wald für Kitas und Schulen. Ausreichend und leicht zugängliche Förderprogramme müssen die Betriebe angemessen unterstützen. Mehr Forschung muss zu einer nachhaltigen Waldwirtschaft und zur Vermeidung von Kalamitäten beitragen. Jagd muss dazu beitragen, die Wildbestände als Teil des ökologischen Systems nach dem Prinzip „Wald und Wild“ zu entwickeln.

Mit welchen Instrumenten will Ihre Partei die vielen forstwirtschaftlichen Betriebe im ländlichen Raum stärken?



Wir wollen die regionale Wirtschaft im ländlichen Raum mit gezielter Förderung generell Schwung bringen. Kleinen Betrieben wollen wir u.a. durch überbetriebliche Ausbildungsstätten flächendeckend Ausbildung ermöglichen. Die regionale Wertschöpfung wollen wir stärken, indem wir ein Bundesprogramm Regionalvermarktung und einen Förderschwerpunkt in der Gemeinschaftsaufgabe Ländliche Entwicklung aufbauen und etablieren. Die EU Agrargelder wollen wir anders verteilen und einen Vertragsnaturschutz im Wald etablieren.

Mit welchen Instrumenten will Ihre Partei die vielen forstwirtschaftlichen Betriebe im ländlichen Raum stärken?



Aus unserer Sicht ist es entscheidend, die Forstwirtschaft im ländlichen Raum im Zusammenhang mit dem gesamten Cluster Forst und Holz in den Blick zu nehmen. Forstwirtschaft, holzbearbeitende sowie -verarbeitende Industrie, Holzhandwerk, Papierwirtschaft, Holzhandel und diverse Zulieferer beschäftigen in Deutschland über eine Million Menschen. Eine starke Forstwirtschaft inklusive der vor- und nachgelagerten Wertschöpfungskette hat insbesondere für die Beschäftigung im ländlichen Raum eine besondere Bedeutung. Wir werden uns deshalb im Sinne der ländlichen Räume für eine starke forstwirtschaftliche Wertschöpfungskette mit gesicherter Rohstoffbasis ohne überbordende Bürokratie durch unnötige Auflagen einsetzen. Um dies zu erreichen, müssen insbesondere Naturschutzauflagen auf den Prüfstand, die die Bewirtschaftung unserer Wälder erschweren und gleichzeitig keinen Nutzen für die Umwelt haben.

Mit welchen Instrumenten will Ihre Partei die vielen forstwirtschaftlichen Betriebe im ländlichen Raum stärken?



Keine überzogenen Vorschriften und keine Steuererhöhungen.

2. Frage

Mit welchen Instrumenten wollen Sie den Hemmnissen im Kleinprivatwald (wie Kleinparzellierung, Zersplitterung und Urbanisierung) begegnen?



Die Bewirtschaftung des kleinstrukturierten Waldbesitzes ist sehr aufwendig und nur mit einem hohen Mittel- und Zeiteinsatz zu ermöglichen. Die fehlende Erschließung dieser Flächen erschwert eine Bewirtschaftung zusätzlich. Gerade im Hinblick auf Klimaschutz und Energiewende soll die Bewirtschaftung und Pflege aller Wälder, insbesondere des Kleinwaldes sichergestellt und die Versorgung der heimischen Holzindustrie mit dem nachwachsenden Rohstoff Holz ermöglicht werden. Durch geeignete Maßnahmen werden wir organisatorische und logistische Strukturprobleme beseitigen. Dazu zählen die forstwirtschaftlichen Zusammenschlüsse, die Beratung und Betreuung der Waldbesitzer – insbesondere der Kleinprivatwaldbesitzer, Waldflurbereinigungen oder Waldpachtmodelle.

Da Beratung und Betreuung der Waldbesitzer in der Zuständigkeit der Länder liegt, müssen diese die Vorgaben infolge des Kartellverfahrens sowie der Änderung des Bundeswaldgesetzes umsetzen. Damit schlagkräftige forstwirtschaftliche Zusammenschlüsse aufgebaut werden, unterstützen wir diese im Rahmen der GAK. Diese Förderung der Selbsthilfeeinrichtungen des kleinen und mittleren Privatwaldes wollen wir weiterführen und ausbauen.

Mit welchen Instrumenten wollen Sie den Hemmnissen im Kleinprivatwald (wie Kleinparzellierung, Zersplitterung und Urbanisierung) begegnen?



Der Bund beabsichtigt nicht, sich in die Erbregelung einzelner Waldbesitzer einzumischen, um einer weiteren Zersplitterung des Waldeigentums entgegen zu wirken.

Täglich werden in Deutschland rund 66 Hektar als Siedlungs- und Verkehrsflächen neu ausgewiesen. Unser Ziel ist es, den Flächenverbrauch auf einen Wert unter 30

Hektar zu drücken. Weitere Informationen hierzu finden sich auf der Website des BMUB als verantwortlichem Ministerium für die weitere Verringerung des Flächenverbrauchs: <http://www.bmub.bund.de/themen/strategien-bilanzen-gesetze/nachhaltige-entwicklung/strategie-und-umsetzung/reduzierung-des-flaechenverbrauchs/>

Mit welchen Instrumenten wollen Sie den Hemmnissen im Kleinprivatwald (wie Kleinparzellierung, Zersplitterung und Urbanisierung) begegnen?

DIE LINKE.

DIE LINKE setzt sich für eine breite soziale Streuung des Bodeneigentums auch im Wald ein. Dazu gehört, den Klein- und Kleinstprivatwald zu unterstützen. Dazu gehören z. B. angemessene Beiträge zur Unfallversicherung durch eine solidarischere Ausgestaltung des Beitragssystems und gute forstliche Betreuungsangebote, auch durch öffentliche Dienstleistungen. Ein leichter Zugang zu Förderprogrammen ist wichtig. Wald- und Forstbetriebsgemeinschaften sind ebenfalls eine wichtige Unterstützung und dienen gleichzeitig der notwendigen nachhaltigen Holzmobilisierung.

DIE LINKE hat sich bereits bei der letzten Bundeswaldnovelle für den Klein- und Kleinstprivatwald stark gemacht – auch hier drohte die Kartellbehörde gewachsene Waldbesitzstrukturen mit dem Wettbewerbsrecht zu zerstören. Mit der Novelle, die DIE LINKE unterstützt hat, wurde klargestellt, dass die Landesforstbetriebe auch weiterhin als Dienstleister für die Planung und Ausführung waldbaulicher Maßnahmen bis hin zur Bereitstellung des Rohholzes einschließlich seiner Registrierung vom Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen freigestellt werden müssen. Wir wollen, dass niemand seinen oder ihren Klein- oder Kleinstprivatwald verkaufen muss, weil eine forstliche Betreuung nicht verfüg- oder nicht bezahlbar ist. Und wir wollen eine Wahlfreiheit zwischen öffentlicher Betreuung und privaten Dienstleistern, die ja beide dazu beitragen, dass Holzreserven im Klein- und Kleinstprivatwald mobilisiert werden. In diesem Sinne sollten auch forstwirtschaftliche Zusammenschlüsse wie Waldgemeinschaften oder auch Forstbetriebsgemeinschaften vom Gesetzgeber anerkannt werden.

Mit welchen Instrumenten wollen Sie den Hemmnissen im Kleinprivatwald (wie Kleinparzellierung, Zersplitterung und Urbanisierung) begegnen?



Wir haben uns im Bundestag und Bundesrat dafür eingesetzt, dass das Bundeswaldgesetz eine dauerhafte Fortführung der bewährten Strukturen zur Unterstützung des nichtstaatlichen Waldbesitzes durch die Landesforstverwaltungen im Sinne einer nachhaltigen und gemeinwohlorientierten Waldbewirtschaftung in den Bundesländern ermöglicht. Diese Struktur kann insbesondere Kleinwaldbesitzern zu Gute kommen.

Mit welchen Instrumenten wollen Sie den Hemmnissen im Kleinprivatwald (wie Kleinparzellierung, Zersplitterung und Urbanisierung) begegnen?



Deutschland braucht eine multifunktionale, nachhaltige und leistungsfähige Forstwirtschaft. Wir Freie Demokraten setzen daher bei der künftigen Forststruktur gerade mit Blick auf den privaten Kleinwald auf Hilfe zur Selbsthilfe und größtmögliche unternehmerische Selbstbestimmung. Wir sind entschlossen, die durch das Kartellrechtsverfahren gebotenen Veränderungen in diesem Sinne konstruktiv zu nutzen, um gerade den Privatwaldbesitzern Chancen auf mehr unternehmerische und waldbauliche Selbstbestimmung zu ermöglichen. Dazu ist es notwendig, dass die Regierungen der Länder zeitnah notwendige Maßnahmen umsetzen, um Strukturen zu schaffen, die eine nachhaltige Bewirtschaftung der Kleinprivatwälder durch eine Förderung forstwirtschaftlicher Zusammenschlüsse weiterhin gewährleisten. Dazu müssen bestehende Initiativen zur Förderung der forstfachlichen Betreuung im Privatwald gestärkt und wo dies nötig ist neue Initiativen ins Leben gerufen werden. In Ländern, die anders als der Freistaat Bayern bisher noch an einer wettbewerbsrechtlich umstrittenen institutionellen Förderung

festgehalten haben, setzen wir uns im Sinne eines Gemeinwohlausgleich für einen kartellrechtssicheren Umstieg auf ein System der direkten waldbaulichen Förderung ein.

Mit welchen Instrumenten wollen Sie den Hemmnissen im Kleinprivatwald (wie Kleinparzellierung, Zersplitterung und Urbanisierung) begegnen?



Keine Beschlüsse.

3. Frage

Will Ihre Partei die gefundene Lösung bei der Erbschaftsteuer beibehalten?



Bei der Anpassung der Erbschaftsteuer an die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts wurden 2016 die Freistellungen des land- und forstwirtschaftlichen Vermögens bestätigt. Eine Verschärfung der Erbschaftsteuer lehnen wir ab.

Will Ihre Partei die gefundene Lösung bei der Erbschaftsteuer beibehalten?



In Deutschland klafft die Schere zwischen Arm und Reich weiter auseinander. Die vermögensstärksten zehn Prozent besitzen mehr als die Hälfte des gesamten Nettovermögens. Der aktuelle Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung sagt weiter, dass nur ein Drittel der reichsten Deutschen, ihren Reichtum durch eigene Arbeit erlangt hat. Zwei Drittel kommen durch Erbschaft oder Schenkung zu großen und größten Vermögen. Für diesen höchsten Bereich wollen wir eine umfassende Erbschaftsteuerreform mit weniger Ausnahmen auf den Weg bringen. Wir fühlen uns von aktuellen Studien (etwa der Hans-Böckler-Stiftung) in unserem Vorhaben gestärkt. Zwar ist es uns bei der zurückliegenden Reform gelungen, zu vermeiden, dass auch sehr große Erbschaften gar nicht mehr besteuert werden. Die Union hat allerdings verhindert, dass wir hier schon zu ausgewogener Gerechtigkeit gekommen sind. Wir konnten nicht alle unsere Vorschläge durchsetzen. Wir werden diese in der neuen Bundesregierung aufgreifen.

Will Ihre Partei die gefundene Lösung bei der Erbschaftsteuer beibehalten?



Nein. Steuern müssen aus unserer Sicht das Funktionieren des Staates und die öffentliche Daseinsvorsorge sichern. Insofern ist für eine auskömmliche Finanzierung der öffentlichen Haushalte eine gerechte Steuerpolitik wichtig, um die Lasten solidarisch und fair zu verteilen. In diesem Sinne sind Erbschaften als leistungslose Einkommen zu betrachten und deshalb hat DIE LINKE ein eigenes Konzept zur Reform der Erbschaftsteuer vorgelegt. U.a. wollen wir die Steuerbefreiungen für vererbtes oder verschenktes Betriebsvermögen komplett streichen. Sollte ein Unternehmen tatsächlich Probleme mit der Erbschaftsteuer haben, können diese durch großzügige Stundungsregeln und/oder die Ermöglichung einer Begleichung der Steuerschuld in Ratenzahlungen gelöst werden. Außerdem wollen wir die Steuerfreibeträge neu gestalten, z.B. soll zukünftig auch eine frei zu bestimmende Person mit einem Freibetrag von 200.000 Euro ausgestattet werden. Darüber hinaus soll das selbstgenutzte Wohneigentum bis zu 200 Quadratmeter von der Erbschaftsteuer befreit werden. Schenkungen sollen bis zu 20 Jahre bei der Besteuerung eingerechnet werden. Das Erbschaftsteuer-Konzept von DIE LINKE ermöglicht mittel- und langfristig Steuermehreinnahmen von bis zu 10 Milliarden Euro jährlich. Damit ließen sich unverzichtbare öffentliche Aufgaben wie Bildung, Gesundheit und Pflege, Mobilität etc. finanzieren.

Will Ihre Partei die gefundene Lösung bei der Erbschaftsteuer beibehalten?



Die Große Koalition hat die Erbschaftssteuer komplizierter und nicht gerechter gemacht. Sollte sie abermals vor dem Bundesverfassungsgericht scheitern, werden wir ein einfaches und gerechtes Erbschaftssteuermodell entwickeln, das mit dem Grundgesetz übereinstimmt.

Will Ihre Partei die gefundene Lösung bei der Erbschaftsteuer beibehalten?



Die Weitergabe von erarbeitetem Eigentum und die Fortführung von Familienunternehmen darf durch steuerliche Regelungen nicht behindert werden. Anstrengung muss sich lohnen. Sollte das Bundesverfassungsgericht den jetzt gefundenen Kompromiss bei der Erbschaftsteuer verwerfen, streben wir eine verfassungskonforme und zugleich ökonomisch vertretbare Neuregelung der Erbschaftsteuer an. Die Einnahmen aus der Erbschaftsteuer wollen wir dabei nicht erhöhen. Wir wollen langfristig den Übergang zu einem einfachen System mit einem einheitlichen und niedrigen Steuersatz (Flat Tax). Heute sind die Regeln bei der Erbschaftsteuer sehr kompliziert. Das sorgt auch für Rechtsunsicherheit, weil immer eine Verfassungswidrigkeit im Raum steht. Auch bei einer Flat Tax wollen wir sicherstellen, dass Unternehmen die Erbschaftssteuer immer aus den Erträgen bezahlen können. So halten wir die Unternehmer in Deutschland und sichern die Arbeitsplätze hier bei uns.

Will Ihre Partei die gefundene Lösung bei der Erbschaftsteuer beibehalten?



Die AfD möchte die Erbschafts- und Vermögenssteuer abschaffen.

4. Frage

Die Stilllegungen im Wald sind laut Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft mit 5,6 Prozent erfüllt. Wie steht Ihre Partei zu weiteren Flächenstilllegungen?



Das Prinzip der integrativen, nachhaltigen und multifunktionalen Forstwirtschaft hat sich bewährt. Naturschutz und Bewirtschaftung des Waldes schließen sich keineswegs aus. Wir bekennen uns deshalb zu der Verbindung von „Schützen und Nützen“. Mit uns bleibt es bei dem im Rahmen der Biodiversitätsstrategie der Bundesregierung festgelegten Ziel, fünf Prozent der Waldfläche der natürlichen Waldentwicklung zu überlassen.

Die Stilllegungen im Wald sind laut Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft mit 5,6 Prozent erfüllt. Wie steht Ihre Partei zu weiteren Flächenstilllegungen?



Die Rechnung des Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft enthält auch Flächen, die von ihren Besitzern freiwillig oder aus Unachtsamkeit (Stichwort Erben von Kleinflächen) forstwirtschaftlich nicht genutzt werden. Wir wollen, dass in die Rechnung nur die Flächen einbezogen werden, die unter einem gesetzlichen Schutz stehen, denn alle anderen Flächen können jederzeit wieder in Nutzung genommen werden.

Die Stilllegungen im Wald sind laut Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft mit 5,6 Prozent erfüllt. Wie steht Ihre Partei zu weiteren Flächenstilllegungen?



DIE LINKE spricht sich für den Schutz der weltweit noch bestehenden Urwälder aus und unterstützt ihren Erhalt auf der Basis von partizipativen, demokratischen Entscheidungsprozessen in anderen souveränen Staaten. Es sollte selbstverständlich sein, dass auch Deutschland seinen Beitrag in diesem Sinne leistet, z. B. durch die Umsetzung der Biodiversitätsstrategie, auf 5 % der gesamten Waldfläche Deutschlands die Bewirtschaftung einzustellen. Auch wenn uns eine nachhaltige Bewirtschaftung aller Waldflächen, also der integrative Ansatz, sehr wichtig und eine angemessene Balance zum segregativen Ansatz notwendig ist, ist es sinnvoll, einen kleinen Teil der jahrhundertealten Kulturlandschaft wieder in heimischen Urwald zu verwandeln. Neben der wissenschaftlichen Analyse zur besseren Anpassung an den Klimawandel entspricht dies auch den gesellschaftlichen Ansprüchen an wilde Landschaften und nicht bewirtschaftete Erholungsräume. Außerdem können diese Refugien zu neuen Erkenntnissen beitragen und genetische und biologische Vielfalt erhalten. Andererseits ist zu beachten, dass z. B. Teile des Klein- und Kleinstprivatwalds ohnehin nicht oder nur sehr eingeschränkt genutzt werden, so dass auch hier diese Effekte auftreten und berücksichtigt werden sollten.

Die Stilllegungen im Wald sind laut Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft mit 5,6 Prozent erfüllt. Wie steht Ihre Partei zu weiteren Flächenstilllegungen?



Wir stehen hinter der Nationalen Biodiversitätsstrategie und dem Ziel 5% aus der Nutzung zu nehmen. Allerdings gibt es zwischen Bundesamt für Naturschutz, Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit und Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft unterschiedliche Zahlen und Bewertungen zum aktuellen Stand der Stilllegung. Wir unterstützen daher gezielt weitere naturschutzfachlich wertvolle Flächen aus der Nutzung zu nehmen.

Die Stilllegungen im Wald sind laut Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft mit 5,6 Prozent erfüllt. Wie steht Ihre Partei zu weiteren Flächenstilllegungen?



Mit Blick auf eine verlässliche Versorgung mit dem Rohstoff Holz gehört das Ziel der Nationalen Strategie zur biologischen Vielfalt, 5 Prozent der deutschen Waldfläche aus der forstwirtschaftlichen Nutzung zu nehmen und sich selbst zu überlassen, auf den Prüfstand. Den Belangen des Artenschutzes kann auch im Rahmen einer nachhaltigen Forstwirtschaft und beispielsweise durch die Umsetzung von Alt- und Totholzkonzepten sowie weiteren Maßnahmen im Rahmen des freiwilligen Vertragsnaturschutzes Rechnung getragen werden. Es wäre ökologischer Unfug, die nachhaltige und naturnahe Bewirtschaftung der heimischen Wälder immer weiter zu beschränken und stattdessen auf Importe aus Ländern zu setzen, in denen illegale Rodungen und Raubbau an der Natur weiterhin zum Alltag gehören.

Die Stilllegungen im Wald sind laut Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft mit 5,6 Prozent erfüllt. Wie steht Ihre Partei zu weiteren Flächenstilllegungen?



Nein! Wer mit offenen Augen durch unsere Wälder geht, der findet in ganz normalen Wäldern genügend Totholz für Insekten und andere Lebewesen. Der Wald benötigt keine neuen Vorschriften!

5. Frage

Nennen Sie drei Gründe, warum unsere Mitglieder Ihre Partei wählen sollten.



1. Wir schaffen Freiräume für das Handeln und die Initiative der Menschen und nehmen sie mit. CDU und CSU stehen fest an der Seite der deutschen Waldbesitzer, denn wir wissen um die Bedeutung der Forstwirtschaft und ihre Leistungen für Arbeitsplätze und Wertschöpfung im ländlichen Raum, für Umwelt und Naturschutz sowie für Gesundheit und Erholung in den Wäldern.
2. Wir schaffen gute Rahmenbedingungen für Waldeigentümer und Forstwirtschaft, um gemeinsam die Herausforderungen der Zukunft bewältigen zu können. Mit der Charta für Holz 2.0 haben wir Maßnahmen entwickelt, um so den Klimaschutzbeitrag durch den Wald zu steigern, eine naturnahe Waldbewirtschaftung zu sichern sowie eine intelligente Holzverwendung eng mit den Erfordernissen der Ressourcen- und Materialeffizienz zu verzahnen.
3. Mit CDU und CSU werden Waldbesitzer und Forstwirtschaft nicht einseitig und ungerechtfertigt belasten. Zum Schutz des Eigentums lehnen wir eine Erhöhung der Erbschaftsteuer oder die Einführung einer Vermögenssteuer ab.

Nennen Sie drei Gründe, warum unsere Mitglieder Ihre Partei wählen sollten.



Die SPD tritt für eine langfristig angelegte, sozial- und umweltgerechte Politik ein, die den Wäldern, der deutschen Forstwirtschaft und den in ihr Beschäftigten eine dauerhafte Perspektive gibt.

Nennen Sie drei Gründe, warum unsere Mitglieder Ihre Partei wählen sollten.



DIE LINKE setzt sich für den ernsthaften, gesellschaftlichen Dialog ein: wir wollen eine Forst-, Jagd- und Landwirtschaftspolitik, die alle Flächennutzer in eine konstruktive Zusammenarbeit miteinander bringt, gleichzeitig Bewohnerinnen und Bewohner der Dörfer und kleinen Städte einbindet und sich an sozialen und ökologischen Kriterien ausrichtet. Mehr gesellschaftliche Anerkennung der Gemeinwohlleistungen des Waldes und im Wald ist uns wichtig. Als die Partei für soziale Gerechtigkeit wird DIE LINKE alles dafür tun, damit das Bodeneigentum auch im Wald breit gestreut bleibt und auch die Jagdausübung kein gesellschaftliches Privileg ist, sondern sozial breit verankert. DIE LINKE möchte, dass der Natur- und Umweltschutz im Interesse aller Menschen und vor allem der zukünftigen Generationen ernsthaft umgesetzt wird und kein Widerspruch zu langfristigem ökonomischem Denken ist. Wir wollen die Wirtschaft so umbauen, dass auch im Ökosystem Wald Fremdstoffeinträge durch Industrie und Verkehr reduziert werden

Nennen Sie drei Gründe, warum unsere Mitglieder Ihre Partei wählen sollten.



Die Grünen sind die einzige Partei, die sich vorrangig um den Erhalt unserer Lebensgrundlagen und der Artenvielfalt kümmern. Wald spielt dabei eine herausragende Rolle.

Die Grünen sind die einzige Partei, die konsequente Maßnahmen für den Klimaschutz ergreift – eine notwendige Voraussetzung für die Zukunft des deutschen Waldes.

Die Grünen sind die einzige Partei, die ein Konzept hat für eine nachhaltige Holznutzung (insbesondere in der Bauwirtschaft) und –vermarktung.

Nennen Sie drei Gründe, warum unsere Mitglieder Ihre Partei wählen sollten.



1) Die Waldeigentümer und Waldbewirtschafter sind selbst die Experten, wenn es um eine nachhaltige Forstwirtschaft geht. Seit Generationen! Sie brauchen daher keine politische Belehrung und Bevormundung. Wir Freie Demokraten wollen Ihnen deshalb ein selbstbestimmtes Wirtschaften ermöglichen!

2) Wir Freie Demokraten kennen den gesamten Artikel 14 des Grundgesetzes, nicht nur Absatz 2. Eigentum und Erbrecht müssen erst einmal geschützt werden, bevor sie dem Wohle der Allgemeinheit dienen können. Dieser Haltung werden wir in Berlin nach dem 24. September 2017 endlich wieder eine starke Stimme verleihen!

3) Auf dieser Basis werden wir uns vor und nach dem Wiedereinzug in den Bundestag für einen dauerhaften Dialog auf Augenhöhe mit den Waldeigentümern und den vom und mit dem Wald lebenden Bürgerinnen und Bürgern eintreten!

Nennen Sie drei Gründe, warum unsere Mitglieder Ihre Partei wählen sollten.



Der Bundestag braucht dringend eine wirkliche Opposition.

Die schleichende Enteignung wird nur von der AfD wirklich bekämpft.

Die AfD vertritt einen Umweltschutz mit dem Menschen und nicht gegen ihn.

Lesen Sie weitere Positionen der Parteien in den Wahlprogrammen und auf der Internetseite der AGDW – Die Waldeigentümer unter

<http://www.waldeigentuemmer.de>